

# Arbeiter-Zeitung

Parteiblatt der Unabhängigen Sozialdemokraten.

Bezugspreis: Einzelnummer 20 Pf. — Durch Entleger oder durch die Post monatlich 2,00 Mk., vierteljährlich 6,00 Mk. frei ins Haus.

Verlagskonten: Nr. 23895 „Sozialistischer Verlag, e. G. m. b. H.“, Breslau.

Anzeigenpreise: Die gewöhnliche Zeile ober dem Raum 1,25 Mk., unterhalb 1,00 Mk. Stellen- und Wohnungseruche, Familienanzeigen, Vereine- und Vereinstätigkeiten 0,50 Mk. Reklame: Die Reklameweile, dreispaltig ober dem Raum, bis zu 4. Mk.

## Politische Uebersicht.

### Der Wahlkampf

und die Aufstellung der Kandidaten hat begonnen. Auch die reaktionären Parteien jonglieren wieder mit vollständigen Programmen, um unaufgeklärte Wahlberechtigte einzufangen. Als Kandidaten der Parteien treten im allgemeinen dieselben Personen, „Führer“, ob fähig oder nicht, ob kompromittiert oder nicht, auf; so der Gewerkschaftsbürokrat und U. S. P. - Leiter Bauer in Breslau. Noske setzte sich mit seinen Geheimen Parteigenossen auseinander, die ihm schließlich ein Vertrauensvotum aussprachen. Ueberhaupt wird Noske jama den anderen Antisozialisten mit dem sozialdemokratischen Mitgliedsbuch von den „Führern“ seiner Partei wieder recht gelobt. Das ist ganz gut, es dient zur Klärung der Lage. — Unter Leitung des preussischen Staatskommissariats (Herr Staatsanwalt Weismann) veröffentlichen die bürgerlichen Presseorgane „Entstellungen“ über bald losbrechende „Kommunistenputsche“. So im Ruhrgebiet, Mitteldeutschland usw., es fehlen bloß noch die ehemaligen deutschen Kolonien. All diese Entstellungen sind niederträchtiger Schwindel, Wahlmanie, um das Kleinbürgertum für die reaktionären Wahlzettel zu gewinnen. Interessiert sich Herr Weismann auch für die Vorbereitung zum nächsten Büttwig-Putsch, der sicher losbricht?

### Die Ehrhardt-Brigade

im Munsterlager, die natürlich immer noch nicht aufgelöst ist, hat eine Kommission des Reichswehrministers, die gekommen war, den hochverräterischen Kapitän Ehrhardt zu verhaften, höhnisch zum Lager hinausgeworfen. Sie duldet keine Verhaftung ihres geliebten Führers, sie duldet keine Auflösung, sie ist im Gegenteil eifrig bemüht, stellungslosen Kapp-Offiziere jeder Sorte Unterkunft und Stellung zu gewähren. Im Munsterlager herrscht überhaupt großer Betrieb im Sinne gegenrevolutionärer Vorbereitung. Die Beziehungen zu Bayern, Bayern usw. gedeihen prächtig. Der Reichswehrminister wird ignoriert, man rüstet, ihn zu stürzen. Die gemeingefährliche Söldnerbande wird wohl nur durch die bewaffnete Aktion des Proletariats auseinanderzutreiben sein.

### Die „vollendete Demokratie“

Das Parteiblatt der U. S. P. in München, „Der Kampf“, ist verboten worden. Er hat es gewagt, gegen die Eppischen „Kultur“-Soldaten die notwendigen Töne anzuschlagen. Er hat es überhaupt gewagt, die Zustände in der „Demokratie“ Deutschland zu kritisieren. Deshalb wurde er von dem bayerischen Reaktionspaar gemäßregelt.

### Der Watter.

Der Watter, Kapp-General und Hauptterrorist im Ruhrgebiet, ist jetzt endlich seiner Dienststellung enthoben worden.

### Das Ende der Komödie.

Der parlamentarische Untersuchungsausschuß der Nationalversammlung für die Vorkriegszeit (Schuld am Kriege) hat ein kleines Weißbuch

als Abschluß seiner schriftlichen Erhebungen und monatelangen Arbeiten veröffentlicht. Nunmehr wollte der Ausschuß auf Vorschlag seines Vorsitzenden, Abg. Dr. Quard, mit der Beendigung der Nationalversammlung auch seine übrige Arbeit zu einem gewissen Abschluß bringen und v. Bethmann-Hollweg, v. Jagow und Zimmermann noch einmal mündlich über die Schuldfrage vernahmen.

Bei der Abstimmung im Ausschuß wurde der Vorschlag des Vorsitzenden mit Stimmgleichheit abgelehnt. Abg. Dr. Quard hat daraufhin den Vorsitz niedergelegt mit dem Bemerkten, daß er den Rücktritt öffentlich begründen werde.

### Die Aufhebung der Adelsvorrechte.

Das preussische Staatsministerium hat einen Gesetzentwurf über die Aufhebung der Standesvorrechte des Adels und die Auflösung der Hausvermögen angenommen.

### Zur Wahlbeteiligung der Kommunisten.

Bekanntlich haben die Kommunisten, soweit sie noch der Zentrale (Spartakusbund) angehören, ihre Wahlabsicht aufgegeben. In einer Versammlung des Bezirks Groß-Berlin haben sie Klara Zetkin an die Spitze der Wahlliste geschrieben. Neben ihr sind von den bekannteren kommunistischen Führern Dr. Lewi, Wilhelm Pieck, Pau Lange, Ernst Meyer und Fritz Hecker auf der Liste verzeichnet.

### Presse und Ausnahme, recht.

Das Ausnahme, recht“ gegen die Presse will die Regierung durchaus nicht preisgeben. Aber sie hat es „reformiert“. Als Reichswehr einseitig gilt ein Ausschuß, den der Reichsrat aus seiner Mitte wählt. Einzuzureichen ist die Beschwerde beim Reichsminister des Innern. Was praktisch dabei herauskommt, ist abzumachen. Bestehen bleibt der Skandal des Ausnahmerechts gegen die Presse.

### Der 1. Mai.

#### Deutschland.

Die sogenannte Volksvertretung für das Reich, die Nationalversammlung, lehnte den Antrag auf Arbeitsruhe am 1. Mai ab.

#### Preußen.

Die sogenannte Volksvertretung für Preußen, die Landesversammlung, tat das gleiche. — Zentrum und Demokraten benutzen die Gelegenheit, den Arbeitern zu erzählen, sie sollen mehr für das „Vaterland“ (sprich Aktionäre, Schieber, Agcarter, Reichswehroffiziere) arbeiten.

#### Baden.

Durch Verordnung des Staatsministeriums ist der 1. Mai dauernd in die Reihe der allgemeinen Feiertage aufgenommen worden.

### Der Widerstand der Arbeitgeber.

Die Arbeitgeber-Verbände Groß-Berlins haben sich dahin geäußert, ihren am 1. Mai von den Betrieben fernbleibenden Arbeitern und Angestellten keinen Lohn zu zahlen.

### Die Antwort der Arbeiter.

Die revolutionären Betriebsräte haben sich für einen Aufruf zu einem neuen Arbeiterstreik ausgesprochen, falls die Unternehmer für den 1. Mai tatsächlich Lohnabzüge machen sollten.

### Ausland.

Die Arbeiterschaft in Frankreich, England usw. rüft, den 1. Mai festlich zu begehen.

### Oberschlesien.

Die interalliierte Kommission in Opatowitz, wie dem „Berliner Tageblatt“ gemeldet wird, bekann, daß sie erfahren habe, daß die Arbeiterschaft Oberschlesiens den Wunsch hege, den 1. Mai durch friedliche Kundgebungen zu feiern. Die Kommissionen, so heißt es in der Bekanntmachung, haben nichts dagegen einzuwenden, daß die Arbeiterschaft am 1. Mai das Fest der Arbeit feierlich begeht.

Diese Bekanntmachung ist ein weiterer Beweis dafür, daß die Kommission rigoros ist, die ober-schlesische Bevölkerung nicht mehr durch ein rigoroses Verhalten zu verstimmen.

### Der 1. Mai in der Schule.

Der preussische Kultusminister Haenisch hat in einer Verordnung bestimmt, daß, falls nicht der 1. Mai reichsgesetzlich zum Feiertag festgelegt wird, es dem Ermessen der Schulverbände überlassen bleibt, ob sie den Unterricht am 1. Mai ausfallen lassen wollen oder nicht. Doch muß der Unterricht an staatlichen Schulen in allen Orten ausfallen, in denen die gemeindlichen Schulen schließen. An Schulen, die den Unterricht am 1. Mai aufrechterhalten, darf kein Lehrer und kein Schüler aus dem Fernbleiben vom Unterricht am 1. Mai irgend einen Nachteil erwachsen. Diese Verordnung sagt zwar noch nicht alles, was zu fordern wäre, ist zweifellos aber eine der energichsten Taten, zu denen sich Herr Haenisch bisher während seiner langen Amtszeit aufraffen konnte.

### Kriegserklärung Japans an Rußland?

„Guanarite“ gibt eine Nachricht des „Daily Herald“ wieder, nach der Japan Rußland den Krieg erklärt hätte. Amerika lasse dabei Japan freie Hand in Sibirien.

### Der Generalstreik

in Elsaß-Lothringen ist beendet. Arbeitgeber und Arbeitnehmer haben sich verständigt.

#### In Gull

streifen 10 000 Gasenarbeiter.

### In Thoen und Grandenz

sind, wie gemeldet wird, Revolten polnischer Soldaten ausgebrochen.

### Arbeiterräte in Italien.

Die sozialistische Landesversammlung in Mailand hat mit über 94 000 gegen 21 000 Stimmen beschlossen, daß Sowjets beschaffen werden sollen, wo das Proletariat gut organisiert ist. Der Vorschlag, solche im ganzen Lande zu errichten, wurde mit 80 000 gegen 5000 Stimmen abgelehnt.

### Der „christliche“ Terror in Ungarn.

Es finden immer noch Hinrichtungen führender Kommunisten statt. — Durch eine Verfügung des Regierungskommissars des Kohlenwesens ist es den Bergarbeitern verboten, ihren Dienst zu verlassen und in einem anderen Berufszweig zu arbeiten. Hinrichtungen und Sklaverei im „christlichen“ Ungarn!

## Die Frauen und die Wahlen.

F.W. Wenn wir jetzt in den Wahlkampf ziehen, dann kommt es ganz besonders darauf an, die Frauen davon zu überzeugen, wohin sie eigentlich gehören, welcher Partei sie ihre Stimme zu geben haben. Einem großen Teil der Frauen dürfte es nicht schwer fallen, ihre Wahl zu treffen, das beweist die weibliche Mitgliederzahl der U. S. P. D., die in der Zeit von den ersten politischen Wahlen nach der Revolution bis heute gewaltig gestiegen ist. Wir hören aber auch oftmals von Frauen den Ausspruch: „Wir beteiligen uns nicht wieder an der Wahl, was haben uns denn die Wahlen genützt!“ Frauen, die so reden, sind meist solche, die rechtssozialistisch gewählt haben. Sie sind nach unserer Uebersetzung mit Recht enttäuscht; wir haben deshalb gerade an solche Frauen heranzugehen und ihnen den Unterschied zwischen S. P. D. und U. S. P. D. klar zu machen, ihnen, an der Politik, die in der Nationalversammlung betrieben wurde, zu zeigen, wie besonders die Koalitionsregierung und die Koalition der Mehrheitsparteien zu dem jetzt sichtbaren Ergebnis, das die Enttäuschung hervorrief, führen mußte.

An diesen Tatsachen werden dann die Frauen sehen, daß es nicht einfach heißen muß: du hast sozialdemokratisch

zu wählen, sondern sie müssen erkennen: ich habe unabhängig-sozialistisch zu wählen.

Die Rechtssozialistin, Frau Juchacz, ist zwar naturgemäß anderer Meinung. („Wir Frauen vor der Wahl“, Leitartikel von Marie Juchacz, Nr. 95 der „Volkswacht“ vom 26. April), wir sind ihr einmal nicht friedlich genug, wir wollen — so sagt sie — den Bürgerkrieg, weil wir für die Rätediktatur schwärmen, und das können und dürfen die friedlichen Damen nicht mitmachen, sie müssen deshalb nur sozialistisch, nicht unabhängig wählen. Frau J. dürfte eigentlich wissen, daß uns der Bürgerkrieg kürzlich aufgedrungen wurde und ihre Genossen ihn teilweise mitführen mußten.

Nach Frau Juchacz dürfen alle Frauen nur sozialistisch wählen, da doch die Sozialdemokratie das Wahlrecht jahrzehntelang für die Frauen verlangt und es nach der Revolution auch eingeführt habe. Es wüßte diese Tatsache schon dazu führen, die Frauen zu sozialistischen Wählerinnen zu machen. Sie vergißt dabei, daß es noch zahlreiche Frauen gibt, denen das Wahlrecht auch heute noch, da die Frauen es haben, absolut nichts wichtiges ist und sie nur, weil so verschiedene Umstände sie zur Wahl treiben, das Wahlrecht ausüben.

Die Rechtssozialistin sagt weiter: Die Sozialdemokratie kämpft für soziale Gerechtigkeit. Wie kann es eine Frau geben, die sich der Verächtlichung dieses Ideals verschließt?

Diese Frage ist geradezu naiv. Frau J. ist Politikerin oder ist wenigstens Mitglied der Nationalversammlung, sie müßte also wissen, daß die Frauen genau so in Klassen geschieden sind, wie die Männer. Sie lassen sich naturgemäß, genau wie diese, von ihrem Klassenstandpunkt leiten, und alle die wollen von einer sozialen Gerechtigkeit gar nichts wissen, die eine bevorzugte Stellung in der Gesellschaft einnehmen; das betrifft sogar noch die andern, die sich als Anhänger des Kapitalismus usw. fühlen und diesen eher stützen als stürzen wollen. Sie vertreten nicht wie wir den Standpunkt, daß der Erde Glück allen Menschen teilhaftig werden soll, sondern sie wollen von ihrem erhabeneren Klassenstandpunkt nicht weichen und wählen deswegen konservativ und demokratisch, je nach der Lebensstellung in der sie oder ihre Männer sich befinden.

Jede wirkliche Sozialdemokratin hat das immer begreifen können, deswegen haben wir auch stets jedes Zusammengehen mit den bürgerlichen Frauen abgelehnt. Wir müßten immer

herbeirufen, daß es nicht eine Frauenbewegung schlechthin gibt. Da die Interessen der Frauen so grundverschiedene sind, muß jede Richtung für sich bleiben. Die Reichssozialistinnen haben sich allerdings in eine Schwesternschaft mit den bürgerlichen Frauen eingelassen. Als vor einigen Wochen die „Politische Arbeitsgemeinschaft der Frauen“ in Berlin zusammentrat, hieß es, es seien auch die Frauen der U. S. D. eingeladen worden, sie hätten auch Rednerinnen angemeldet, diese wären aber am Erscheinen verhindert. Wir an maßgebender Stelle haben keine Einladung bekommen, hätten auch unter keinen Umständen zu dieser Versammlung eine Referentin entsandt.

Solange die Frauen das Wahlrecht nicht hatten, also eigentlich vollständig entrechtet waren, konnte es ja — oberflächlich betrachtet — so scheinen, als ob es für die Frauen in Bezug auf Eroberung wenigstens dieses Rechtes ein gemeinsames Vorgehen geben könne. Richtig besehen, mußte aber selbst der naivste Mensch bald erkennen, daß es in dieser Frage so gut wie in allen anderen, nur ein Hüben und ein Drücken gab. Nur ein kleines Häuflein bürgerlicher Frauen ist für das allgemeine, gleiche Wahlrecht eingetreten, die meisten waren mit einem Klassenwahlrecht zufrieden gewesen, viele schrien ausdrücklich barnach. Noch 1918 haben konservative Frauen sich ausdrücklich gegen die Einführung des Frauenwahlrechtes ausgesprochen. Wer alles das weiß, kann doch eigentlich unmöglich zu der Ansicht kommen, alle Frauen müßten sozialistisch wählen.

Freilich gibt es auch Frauen, von denen auch wir nicht begreifen, daß sie nicht sozialistisch wählen — dabei meinen wir grundsätzlich sozialistisch — nämlich alle jene, die des Lebens Not überreich kennen gelernt haben. An sie haben wir uns in diesem Wahlkampf zu wenden. Da gibt es noch eine große Anzahl, die zu uns herübergezogen werden muß. Sie zu gewinnen, muß die Wahlparole der Frauen in der Unabhängigen Sozialdemokratie sein.

### Zusammenbruch.

(Fortsetzung)  
II.

D. Li. Woher kommt nun das Defizit bei der Eisenbahn und Post? Die starke Erhöhung der persönlichen und sachlichen Ausgaben hat zu diesen miserablen Zuständen geführt, abgesehen davon, daß durch die Verengerung des Eisenbahnverkehrs (Wasserrottfall von Zügen, große Einschränkung des Sonntagsverkehrs) und durch das unrationelle, bürokratische, ja sogar manchmal in Sabotage ausartende Treiben der Bewaltungskassen (kein zur Hand haben von Gütermagazinen, obgleich sie bei vernünftiger Leitung da sein könnten) beträchtliche Einnahmerückfälle naturgemäß in Erscheinung treten müssen. Die kapitalistischen und kleindürgerlichen Kreise benutzen nun selbstverständlich die schlechten Auswärtigen, um gegen die angekündigte so hohen Löhne und Gehälter der Eisenbahn- und Postbeamten zu wehren, denen sie alle Schuld an der Defizitkatastrophe beimessen. Sie ergreifen ferner zu gelegenen Anlässen, wieder einmal den, wie sie meinen, gerechteren Maßstab der Arbeitsleistung, die Forderung des Personal und des wertvollen Verkehrs überhaupt aller Welt zu verfordern und die gefällige Verlängerung der täglichen Arbeitszeit zu verlangen. Einer der Hauptredner im kapitalistischen Chor ist der bekannte „Demokrat“ Bernhard Dernburg (von dem deutsch-nationalen „Demokraten“ Dr. Alfred Dehse, Verleger und sozialistischer Mitarbeiter der „Breslauer Zeitung“, nicht zu reden). — Gewiß sind die Löhne der Eisenbahnarbeiter, die Gehälter der Postbeamten und Postbeamten gestiegen. Aber konnten sie vielleicht jäh fallen oder sogar sinken, wenn die Warenpreise dauernd nach oben gingen, die Lebenshaltung immer teurer wurde? Die Lohnbewegungen und Erhöhungen sind doch erst die Folge der Preissteigerungen. Aber die Erhöhung der Lebensmittelpreise geben die monatlichen Überblicke des bekannten Statistikers Richard Gallowitz interessanten Aufschluß. Die Grundlagen der Erhebungen bilden die Preise von 16 wichtigen Lebensmitteln, die vor dem Kriege festgesetzt zum Grundmaß einer durchschnittlichen Ernährung gehörten und nach dem dreifachen Satz der Reichsregierung gelassen eines Mannes (mit zwei Kindern) angerechnet werden konnten. Die betreffenden 16 Nahrungsmittel setzen sich zusammen aus: Roggenmehl, Kaltfleisch, Schweinefleisch, Schweinepökel, Schweinefleisch, Hammelfleisch, Rindfleisch, Getreide, Hülsen, Weizenmehl, Roggenmehl, Brot, Karotten, Getreide, Backpulver, Kartoffeln, Kaffee und Reis. Nach amtlichen Notierungen und regelmäßigen Angaben aus Korrespondenzstellen mußte demnach eine aus vier Köpfen bestehende Familie nur für 16 Lebensmittel regelmäßig aufwenden:

	1914	1915	1916	1917	1918	1919	1920
Januar	25,57	29,65	41,28	53,87	66,50	86,55	130,65
Februar	25,08	31,49	43,40	54,15	66,47	84,93	—
März	24,86	32,90	45,47	54,69	67,66	87,30	—
April	24,70	34,49	47,29	54,58	67,30	87,70	—
Mai	24,73	37,35	52,61	54,34	67,69	88,21	—
Juni	25,12	38,16	53,47	55,29	68,11	88,25	—
Juli	26,11	39,13	53,53	54,67	68,43	88,45	—
August	26,41	39,55	53,55	57,57	69,34	88,67	—
September	27,09	41,90	53,50	54,79	61,80	100,83	—
Oktober	27,86	42,86	52,82	55,49	62,49	102,83	—
November	28,72	43,83	53,21	54,49	62,96	114,65	—

Die ganze Schwere dieser Belastung der Ernährung trat in Erscheinung, wenn man die Preise des jüngsten Monats März 1914, Januar, mit dem gleichen Monat der vorjährigen Jahre vergleicht. Es betrug demnach im Januar 1920 die Erhöhung seit Januar

	1919	1918	1917	1916	1915	1914
Januar	105	131	143	217	341	412

Die Ausgaben beschränken sich doch aber nicht auf Lebensmittel, sondern schließen die mannigfachen Notwendigkeiten ein. Ferner hat es bekanntlich seit Januar neue umfangreiche Preissteigerungen gegeben, sie treten überhaupt ununterbrochen ein und kommen keineswegs zum Stillstand. Die Löhne und Gehälter hinken immer noch und gleichen ja die Preissteigerungen nie aus. (Die Zahlen des Existenzminimums — ohne Berücksichtigung der Ausgaben für Kulturzwecke — verziehen sich dauernd nach oben, und es ist für die Hand- und Kopfsarbeiterschaft sehr schwer das Niveau zu erreichen oder ihm wenigstens nahe zu kommen, um nicht völlig zu verenden.) — Zu den beträchtlich erhöhten persönlichen Ausgaben im Eisenbahn- und Postbetrieb kommen dann die ständig gestiegenen sachlichen. Es ist ja bekannt, welche wahnwitzige Höhe die Preise für alle Bedarfsartikel (Kohle, Eisen, Öle usw.) erklert haben. Dazu kommt, daß die schlechte Beschaffenheit der Bestände (der Krieg hat eben alles ruiniert!) und der Reparaturkosten eine viel höhere Wiederinstandsetzung des Materials bedingten als früher. Auch der Vertreter der Kapitalisten, Herr Georg Gothein, muß in einem Artikel über die Wirtschaftslage der Eisenbahn folgendes anführen:

„Nicht nur die ständig wachsenden Forderungen der Eisenbahner, sondern auch die riesigen Materialpreise machen die Bahnen immer unrentabler. Maschinen, Wagen, Schienen, Kohlen, Schmiermaterial kosten heute das 15- bis 20fache der Friedenspreise, und noch ist eine Senkung des Preisniveaus nicht abzusehen.“

### Moralischer Wert des entlassenen Zugreisenden.

Selbst das Unmögliche erscheint, wenn man ihm unerschrocken zu Hilfe geht und fest ins Auge sieht, mißder unmöglich, als das Mögliche, wenn man vor ihm scheut und ausweicht.

Man liest: Karl Fehrbach.

Woran liegt aber die ungeheure, das Volk ruinierende Verteuerung aller Rohstoffe und Fabrikate, aller Lebensmittel und Bedarfsartikel, wozu kommt der Preiswahnwitz, der die Erhöhung der Ausgaben bei der Eisenbahn und Post zur Folge hat und den Defizitstand herbeiführt? An dem Weiterbestehen, an der unerhörten Rafferei der kapitalistischen Profitwirtschaft! Das Industrie-, Agrar- und Handelskapital löst sich aus. Selbst der kapitalistisch orientierten „Frankfurter Zeitung“ wird die Profitmacherei allmählich zu bunt. In einem Aufsatz: „Einkauf Umsatz!“ schreibt sie über die Dividenden-Wirtschaft der Industrie wie folgt:

„Heute Montanbesitzer und Dividenden sind verteilt oder noch unterwegs trotz Sturm und Wetter. Zusammen gibt es nicht. Man hält es fast auch für Segensworte für eine kalte Wüste... In der gabeln die Geschäfte immer neue Methoden der Gewinnerschöpfung aus. Die Dividende wird vermehrt mit einem Bonus, einem Bonus auf eigene oder Portefeuille-Konten oder mit jährlichen Rückstellungen. In der Zeit des Tages geht das unbedarft weiter. Die folgende Zusammenstellung veranschaulicht die zu Anfang dieser Woche (4. bis 7. März, Woche der Post) notierten, mit Bezugnahmen herangezogenen Geldkassen. Man erhält daraus, daß nicht nur die Montan- und andere Großindustrien, sondern auch Kleingewerbe viel Geld gewonnen haben, inmitten der Krisiszeiten und durch sie und unberührt vom Druck einer „legal“ genannten Umsatzkrise:

Zweig	Dividenden 1918-1919 in %
Banken	12 über 16 auf 12%
Lebensversicherung	11 " 8 " 15%
Industrie	17 " 30 " 15%
Handel	27 " 22 " 27%
Metall- u. Maschinenbau	10 " 20 " 15%
Textil	15 " 5 " 15%
Chemie	9 " 6 " 30%
Stahlwerke	12 " 8 " 25 auf 10%
Wälder	0 " 12 " 30%
Eisenbahnen	18 " 16 " 55 " 30%
Post	0 " 2 " 22 " 18%
Bankrott	0 " 6 " 20%
Bankwesen	15 " 11 " 15%
Handel	9 " 8 " 9%
Industrie	26 " 22 " 25%
Bankwesen	15 " 12 " 15%
Bankwesen	0 " 5 " 14 auf 11%
Bankwesen	6 " 30 auf 10%

Man sieht, es handelt sich fast durchweg um lebensnotwendige Artikel, um Kleidung, irrtümliche Kleidung, Gebrauchswaren, Bau- und Heizstoffe, an denen in der Vergangenheit sehr wichtige Dividenden — reichlich jedoch bei Einziehung der Geldbestände — verdient worden sind. Allen in dieser Woche sind demnach mehr als 150 Millionen M. Bonus erwirtschaftet als tatsächlich gezahlt worden. Jegliches geht es jetzt Monat für Monat, seit wir vollständig der damals beginnenden Dividendenverteilung auf diese ganze Ausdehnung einer Kapitalgesellschaften verfallen haben. Die Industriellen können sich berechnen, an der quantitativ fast unbedingten Voranfrage wird mehr zu verdienen, als früher am vollen Umsatz in den Zeiten, da Deutschland noch ein gesundes Land war. Ist es nötig, daß eine Streifenwerkstatt 45 Prozent Dividende empfangt (gegen früher 8 Prozent), wenn die Rendite hier das Jahr mit 18 Mt., die Lieferer mit 100 Mt. bezogen auf das Jahr, eine Kapitalwerkstatt, eine Spinnerei und Weberei, eine Fabrik, eine Zuckerfabrik, eine Rollen-Gesellschaft, eine Leder-, eine Schuhwerkfabrik, lassen sie alle im Grunde nie erhöhte Kapitalrenditen verdienen, wie man an jedem Tage aufs neue sehen kann, wenn der größte Teil der Umsatzerlöse nicht nach, wie bei

häuslichen Verpowerung, dem Herabfallen auf tiefere Kultur und Lebensstufen begegnen? Selbst Brot und Aufstrichmittel gehen erntet einer gewaltigen, staatlich approbierten Verteuerung entgegen.“

„Die Hoffnung auf selbstgewählte soziale Praxis ist gering. So zweifelnhaft und unerwünscht sie sind, staatliche Maßnahmen, und zwar einschneidender Art, erscheinen als das kleinere Übel und werden von einer umfichtigen Regierung — gleichviel welcher Zusammenstellung — nicht mehr lange vermieden bleiben können. Der Ruf nach „Sozialisierungen“ wird immer begrifflicher angefaßt dieses jenes Unvorstellbares.“

Und wie die Industriellen, so verdienen die Agrarier und Händler (Schieber). Das Profilsystem ist der Kernpunkt des Darunter und Darüber, das jetzt in Deutschland trotz aller „Demokratie“ herrscht, und zur Defizitwirtschaft in den Staatsunternehmen: Eisenbahn und Post führt. Und solange die privatkapitalistische Märkte Säkular hat, ist an eine Besserung der Verhältnisse nicht zu denken.  
(Schluß folgt.)

### Aus der Internationale.

Deutschland und die Entente.  
Laut Drahtbericht der „Bolschewistischen Zeitung“ ist zwischen Lloyd George und Millerand vereinbart worden, mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln auf die Entwaffnung Deutschlands zu dringen, das Ersuchen um Erhöhung des Heeresbestandes auf 200 000 Mann abzulehnen, dagegen der Verstärkung der Polizeitruppe unter Vorbehalt des Rechts der Kontrolle durch die Alliierten zuzustimmen. Deutschland soll Waisenkinder in Gestalt von Geld und Rohstoffen erhalten. Frankreich werde zustimmen, daß zu einer im Mai stattfindenden Konferenz, die wahrscheinlich in Belgien stattfinden wird, auch der Reichskanzler hinzugezogen werden solle. Gegenüber Vorhaltungen Lloyd Georges habe Millerand erklärt, daß Frankreich gar nicht daran denke, Frankfurt, das Ruhrgebiet oder inkrustöse Gebiete Deutschlands zu annektieren. Hinsichtlich der von Deutschland zu zahlenden Kriegsschadenzahlung berichtet der Pariser „Temps“, daß die von Deutschland zu entrichtende Währungssumme auf 90 Milliarden festgelegt wurde, zahlbar in 30 Jahresraten zu drei Milliarden. — Die drei Milliarden sind natürlich in Goldmark zu zahlen, was gleichbedeutend ist mit der Unmöglichkeit der Zahlungsdurchführung.

### Sowjet-Rußland.

Uchitscherin über die Friedensverhandlungen Sowjet-Rußlands.  
Uchitscherin, der Volkskommisarin für Auswärtige Angelegenheiten, hat auf dem Kongress der Kommunistischen Partei in Moskau über den Frieden gesprochen und mitgeteilt, daß von Kumanien keine Antwort zu erhalten ist über den Vorschlag der Räteregierung, die Friedensverhandlungen in Charlow stattfinden zu lassen. Dies steht in Verbindung mit der Veränderung in der rumänischen Regierung, General Iwerescu ist gegen den Frieden mit Sowjet-Rußland.  
Was jetzt in Moskau im Gange sind Unterhandlungen nicht möglich, solange sich die Kämpfe, alle Hindernisse abzubauen, sobald die Friedensverhandlungen beginnen. Sie müssen jedenfalls in einem neutralen Lande stattfinden.

### Die Berufsausbildung.

Der dritte allgemeine russische Gewerkschaftskongress hat zur Frage der Berufsausbildung folgende Resolution angenommen:

Es wird immer deutlicher, daß der Schwerpunkt der Erziehungspolitik im proletarischen Staate mehr und mehr in das Gebiet der Berufsausbildung verlagert werden muß. Die Berufsausbildung ist eine wesentlich wirtschaftliche Aufgabe, die den Zweck hat, der Industrie die erforderlichen qualifizierten Arbeitskräfte aller Art zu liefern. Aus diesem Grunde muß die Berufsausbildung in genaue Übereinstimmung gebracht werden mit dem Wirtschaftsstand des Landes und sie muß dementsprechend reformiert werden. Der Kongress hält es für notwendig, auch die allgemeine Schulbildung zu fördern, vor allem auch die Ausbildung der Alphabeten. Die allgemeine Arbeitsschule hat ihre Grundlage vor allem zu finden in der gegenwärtigen Wirtschaft und sie hat den Zweck, auf die Berufsausbildung vorzubereiten. Ebenso muß das höhere Schulwesen dem ökonomischen Leben angenähert werden. Die Arbeiterhochschulen sollen die Grundlage für das neue höhere Schulwesen werden, das dazu bestimmt ist, der Industrie Spezialisten aus dem Proletariat zu geben. Industrielle Mittelschulen müssen in den verschiedenen Industriebezügen gegründet werden; die Unternehmungen haben mit ihrer Hilfe technische Kurse für die Arbeiter zu eröffnen. Die ganze Leitung der Berufsausbildung muß in den Händen des Zentralkomitees verbleiben, das zu diesem Zweck durch Dekret vom 29. Januar 1920 errichtet worden ist. Der allgemeine russische Gewerkschaftsausschuß wird sich an den Arbeiten dieses Zentralkomitees beteiligen.  
Der Kongress fordert alle Gewerkschaften auf, in den Massen die Berufsausbildung zu propagieren, ihre besonderen Wünsche geltend zu machen, sowie die Mittel für die Durchführung der Vorschläge mitzuteilen.

### Esperanto als Pflichtfach.

Aus Moskau wird gemeldet: Die „Brawda“ schreibt, daß die Sowjetregierung die Einführung des Esperanto in allen öffentlichen Schulen Rußlands angeordnet habe.

### Republik Deutschland.

Die wirkliche Demokraten urteilen.  
Die Basler „Nationalzeitung“, ein durchaus bürgerliches, aber ernsthaft demokratisches Blatt, urteilt über die letzten Ereignisse in Deutschland folgendermaßen:  
Wie hat sich deutscher als während des Ruffisches gezeigt, daß die deutsche Bourgeoisie in politischen Dingen nicht mitredet,

Jobald das Weiterarbeiten erfordert, die unter Umständen einen gewissen Wagemut erfordern und eine gewisse Gefahr nach sich ziehen. Das Bürgerthum stand bei diesem Versuch der Reaktionskräfte abweisend und wartete seelenruhig ab, wenn der Erfolg begünstigend sei, um dann, sobald die Gefahr vorbei wäre, willenlos dem Sieger zu folgen. Die Diktatur des Proletariats ist in Deutschland nicht dasselbe wie in Rußland oder Ungarn, sondern die einfache Reaktion auf die bisher tatsächliche Diktatur der Reaktionskräfte, in deren Händen Herr Roske ein gefügiges Instrument war. Roske, den man so gerne den starken Mann nannte, war nichts anderes als der blutige Rindendorff, ob er es nun wollte oder nicht. Man braucht ja nur die Forderungen der Unabhängigen, der wahren Vertreter der politisch tätigen demokratischen Kräfte in Deutschland, zu lesen, um den Wertberichten über „Sozialismus“, „Partakismus“ und „Kommunismus“ zu misstrauen und diese Stimmen zu durchschauen.

Genosse „demokratische“ deute, Blätter es es geradezu grauen, wenn sie ein so unbefangenes Wort über das deutsche Bürgerthum, über seinen Liebling Roske und sein „bête noire“, die Unabhängigen, in einem Blatte lesen müßten, dem sie einen heimlichen Uebergang ins Lager der Unabhängigen Sozialdemokratie nicht gut werden nachzusehen können.

## Kapitalistische Wirtschaft.

### Die Segnungen der modernen „Gemeinwirtschaft.“

Nie ist mit dem Worte „Gemeinwirtschaft“ mehr Mißbrauch getrieben worden als jetzt, da nichts notwendiger ist, als sie wirklich durchzuführen. Im Juli vorigen Jahres wurde nach dem Entwurf der Wiffel-Loßendorffschen Rohwertschaft die Kaliindustrie „sozialisiert“. Ein Reichskalkrat wurde eingesetzt, der aus Vertretern der Kalkarbeiter, der Kalkarbeiter und Angestellten, der Regierung, des Handels und der Verbraucher besteht. Seine erste Tat war, die Kalkpreise um 50-60% zu erhöhen. Weitere Preiserhöhungen folgten. Die notwendigen Lohnerhöhungen boten dazu so wunderbare Gelegenheiten. Wie die Ginfalze erzählten, weilen die jetzt an die Öffentlichkeit gelangenden Abschlüsse der Kalkwerke nach.

Der Rohgewinn der Kalkwerke Achersleben stieg von 4,6 Millionen Mark im Jahre 1918 auf 23 Millionen Mark im Jahre 1919. Die Abweichungen auf 3,4 Millionen Mark bemessen, gegen 1,1 Millionen Mark im Jahre 1918. Es wurden riesenhafte Rückstellungen gemacht und ebenfalls riesenhafte Ueberweisungen an alle möglichen Fonds vorgenommen. Aus dem Berichte ist zu ersehen, wie außerordentlich schwer es der Gesellschaft fiel, die Gewinne unterzubringen. Schließlich gelangte eine Dividende von 10% und ein Bonus von 20% zur Auszahlung. In Friedenszeiten ist die Dividende fast nie über 10% hinausgekommen.

Die Ackerwerke haben ihren Reingewinn von 379 172 Mark auf 3 229 268 Mark gesteigert, das ist fast der neunfache Betrag des Vorjahres. Die Dividende ist von 6 auf 20% erhöht worden. „Rabenbeil“ wurde aus dem Gewinn ein Betrag von 2,2 Millionen Mark einem besonderen Fonds für die Tilgung der Vorzugsaktien überwiesen. Auch bei den Halleschen Kalkwerken hat sich der Uberschuss vervielfacht. Er stieg von 305 642 Mark auf 2 065 347 Mark und die Dividende von 6 auf 25%.

Solche „Plan“wirtschaft ist allerdings nach dem Geschmack der Aktionäre. Sie ist aber viel eher als eine gemeinwirtschaftliche zu bezeichnen, als mit dem Titel Gemeinwirtschaft zu belegen. Sicher ist ein großer Teil der Reingewinne darauf zurückzuführen, daß die Kaliindustrie Exportindustrie ist und die heutigen Valutaverhältnisse der Exportindustrie außerordentlich günstig sind. Ein Scandal aber ist es, daß diese Valutagewinne in die Taschen der am Gesellschaftskörper schmarotenden Aktionäre fließen, während die Bevölkerung unter der Valutalast der Einfuhr zerbrückt wird. Die deutsche Gemeinwirtschaft geht nicht einmal so weit, die aus dem Export resultierenden Valutagewinne einzufangen, um deren Ertrag zur Verbilligung der Einfuhrwaren zu verwenden. Mag das Volk zugrunde gehen, wenn nur die Aktionäre gute Zeiten haben.

### Bilanzzwischen.

#### Nationalbank für Deutschland.

Die Gewinne sind ungeheuer gestiegen. Die Dividende von 7%, die statt 5% für 1918 ausgeschüttet wird, gibt ein richtiges Bild der tatsächlichen Ergebnisse. Um es zu erhalten, muß man einige Zahlen aus der Bilanz betrachten: Während 1918 die Tantieme des Vorstandes, die damals 518 965.— M. betrug, vom Reingewinn verteilt wurde, ist sie diesmal wohlweislich gleich in den „Verwaltungskosten“ verbucht. Dadurch wird zunächst die Höhe des Betrages undurchsichtig, vor allem aber erreicht, daß die Verwaltungskosten beträchtlich höher erscheinen, als sie in Wirklichkeit sind. D. h., daß man den Eindruck erwecken kann, als ob die Steigerung der Gehälter usw. mit der Erhöhung der Einnahmen wenigstens einigermaßen Schritt gehalten hätte. Tatsächlich sind die Gewinne viel schneller gewachsen als die Unkosten.

	1919	1918	Differenz
Einnahmen:	29 828 246	13 665 456	16 162 790
Ausgaben:	14 313 768	6 963 099	7 350 669

Der Reingewinn ist von 7 025 597 auf 15 742 070 gestiegen.

#### Commerz- und Diskontobank

Der Reingewinn ist um 7 Millionen Mark höher als im Vorjahre. Die Aktionäre erhalten 9 Prozent Dividende gegen 7 für 1918. Der Gewinnanteil an den Aufsichtsrat hat sich von 293 898 im Vorjahre auf 576 271 Mark erhöht, ebenso der Gewinnanteil an den Vorstand von 477 584 auf 936 440 Mark. Die Mitteldeutsche Privatbank (Magdeburg) hat sich mit der Commerz- und Diskontobank vereinigt. Das Aktienkapital des so vergrößerten Unternehmens, das von nun an den Namen Commerz-

und Privatbank trägt, umfaßt 200 Millionen Mark (Commerz- und Diskontobank 80 Millionen).

Das Finanzkapital hat also im Geschäftsjahr 1919 glänzend verdient. Was bei den vorstehend genannten Großbanken der Fall ist, gilt natürlich auch für die anderen, deren Geschäftsberichte noch nicht veröffentlicht sind. Außerordentliche Verbesserung des Reingewinnes, fette Dividenden, hohe Tantiemen an den Aufsichtsrat und den Vorstand, Aufjagen kleinerer Unternehmen. Sieht so der deutsche Bankanbruch aus? Aber wenn es sich darum handelt, den Bankangestellten Gehälter zu zahlen, die dem Existenzminimum einigermaßen nahekommen, dann ist natürlich kein Geld vorhanden, dann erlaubt es die Geschäftslage nicht. Die Sozialisierung der Banken ist eine dringende Notwendigkeit.

### Bucher-Freiheit.

Wie gemeldet wird, hat sich der volkswirtschaftliche Ausschuß der Nationalversammlung für die freie Zuckerbewirtschaftung ab 1. September 1920 entschieden. — Freie Zuckerbewirtschaftung heißt gesetzlich erlaubter Zuckerpflanzen zu Nutz und Frommen der Zuckerproduzenten, der Zuckerfabriken und Zuckerehändler, die sowieso schon am Zucker zu Lasten der Verbraucher Kiefengelb verdienen und verdienen.

### Arbeiter! Angestellte! Beamte!

Vermeidet unter allen Umständen Einkäufe und Besuche bei städtischen und staatlichen Behörden und Büros am Weltfeiertag, den 1. Mai, und erleidet dadurch der Angestellten- und Beamtenschaft, diesen Tag durch Arbeitsruhe Schulter an Schulter mit der Arbeiterschaft zu begehen.

### Soziales.

#### 12 000 Mark Gehaltsgrenze für die Krankenversicherung.

Nachdem sich die Nationalversammlung für Aufhebung der Krankenversicherungsordnung, worin die Versicherungspflicht bis auf Einkommen von 200.0 Mark hinausgelegt wurde, aufgehoben hat, ist jetzt vom Reichsrat eine Verordnung angenommen worden, die die Gehaltsgrenze von 12 000 Mark wieder einführt. Die Verordnung tritt am 3. Mai in Kraft. — Dieser Schritt ist sehr zu bedauern. Da die Ärzte aus Profitinteressen gegen die 20 000 Mark-Regelung waren, hat die Nationalversammlung ihren Wünschen entsprochen. Sozial ist dieser Beschluß nicht zu nennen.

### Aus der Provinz.

#### Sandberg bei Wittwaffer.

Freitag, den 23. April referierte Genosse Gruschwitz in Sandberg bei Wittwaffer. Unter lebhaftem Beifall der sehr gut besuchten Versammlung wies er das Unmögliche der heutigen Situation nach, verurteilte die Koalition mit den bürgerlichen Parteien und erklärte, daß der Diktator von rechts die Diktatur des Proletariats entgegengestellt werden müsse. Seine Ausführungen fielen in der Wahrung, Arbeiterräte zu wählen und die Bewaffnung der Arbeiterschaft durchzuführen. Die Rechtssozialistin, Frau Anzorge, mußte dem Genossen Gruschwitz in fast allen Punkten recht geben. Unter stürmischem Beifall erklärte darauf der Vorsitzende der S. P. D. in Sandberg, Genosse Knoll, seinen U.bertritt zur U. S. P. D. Im Schlußwort forderte Genosse Gruschwitz zur Einigung des Proletariats auf, um bereit zu sein „zum letzten Gefecht.“ Sehr zahlreiche Aufnahmen und eine reichliche Vellerversammlung für die Ruhropfer dokumentierten den Erfolg.

#### Höckrisht.

Vor einigen Tagen fand hier die erste öffentliche Versammlung der U. S. P. statt. Genosse Bille-Breslau referierte. Die aus Kleinbauern und Landarbeitern bestehende Versammlung nahm die Ausführungen sehr beifällig auf. Die kriegige Ortsgruppe der S. P. D. trat geschlossen zur U. S. P. über.

#### Wansen.

Die am 12. d. M. hier stattgefundene öffentliche Versammlung der U. S. P., in der Genosse Bille-Breslau sprach, hatte einen vollen Erfolg. Ungefähr 350 Personen waren anwesend, die dem Referat ungeteilten Beifall spendeten.

#### Schmiedeberg.

Die Wahlvereine der U. S. P. D. und S. P. D. in Schmiedeberg i. N., Sonnabend, den 1. Mai 1920, große gemeinschaftliche Maifeier. Um 1 Uhr mittags Demonstrationsumzug durch die Stadt. Auftreten der Gewerkschaften: 12 Uhr mittags am Gasthof „zum Hirsch“ am Platz vor dem neuen Schießhaus findet eine Massenversammlung unter freiem Himmel statt, in der Genosse Kreuschmann über die Bedeutung des 1. Mai referieren wird. Abends von 6 Uhr ab gemütliches Beisammensein, Tanz, Ansprachen, gute Musik im Schreibers Hotel, im Gasthof zum Stollen und im Gasthof zum goldenen Schlüssel.

### Soziales.

Breslau, den 29. April 1920.

### Mitteilung! Maifeier.

Im Mitteilungsblatt Nr. 5 des Deutschen Metallarbeiterverbandes, Ortsverwaltung Breslau, heißt es betreffend Maifeier:

Der Weltkrieg, der vom 1. Mai, wird durch Ueberrunde festlich begangen. Unter den lebenswichtigen Vorkäufen, wie Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke, ruhen alle Betriebe. Die Gewerkschaften haben zu dem Zweck im Einverständnis mit der sozialdemokratischen Partei und einer Aufforderung an die Genossen der U. S. P. und S. P. D. beschlossen, große Demonstrationen nach Scheinung und nach dem Südpast zu veranstalten.

Wir machen darauf aufmerksam, daß wir mit den Gewerkschaften keine Vereinbarung getroffen haben, die Maifeier gemeinsam zu begehen. Wir fordern im Gegenteil unsere Parteigenossen und Freunde auf, sich nur an der von der U. S. P. festgesetzten Veranstaltung zu beteiligen. Der Maifeier-Festausschuß.

### Gehaltsplan der Stadt Breslau für 1920.

(Fortsetzung)  
Es handelt sich um Städtischen Grundbesitz, einer der, den Beträgen nach, unbedeutendsten Abschnitte des Städtischen Haushalts. Es genügt daher eine ziffermäßige Uebersicht und daran anschließend, eine Reihe kurzer Erläuterungen. Der Etat weist in Einnahme und Ausgabe folgende Posten auf:

	Einnahme	Ausgabe	Ueberschuß (+) Fehlbetrag (-)
Kämmereigüter	14 125 M.	5 920 M.	+ 8 205 M.
Kämmereisoffen	355 700 "	134 400 "	+ 221 300 "
Städt. Grundeigentum	607 440 "	620 670 "	- 13 230 "

Hierzu ist zu bemerken, daß der Ueberschuß aus den Kämmereigütern sich gegen den Voranschlag des vergangenen Jahres um 2 440 M. vermindert. Das dagegen der Ueberschuß aus den Kämmereisoffen trotz der jährlicher äudlich gesteigerten Aufwendungen für jährliche Anschaffungen und Löhne dennoch, infolge der rückweise emporgeschrittenen Holzpreise, gegenüber dem Vorjahre ein Mehr von 116 425 M. ausweist. Anders der Plan des städtischen Grundeigentums. Hier hat sich, verursacht durch bedeutende, während des Krieges immer wieder zurückgestellte bauliche Instandsetzungsarbeiten an den städtischen Grundstücken, der Ueberschuß des Vorjahres (10 910 M.) in den oben angegebenen Fehlbetrag von 13 230 M. verwandelt.

### Die ewige Preiserhöhung.

Wie das preussische Landesverwaltungsamt den Gemeindeverbänden mitgeteilt hat, tritt mit Wirkung vom Montag, 3. Mai, ab eine wesentliche Erhöhung der Mehldreise ein. Der Mehldreise wird den doppelten Betrag des jetzigen Mehldreises nach überbrungen. Die Mehldreiden, die die Gemeinden zur Versorgung der Bevölkerung für die Zeit vom 3. Mai ab zu dem bisherigen Preise geliefert erhalten haben, müssen ihnen deshalb zu dem höheren Preise berechnet werden. Und da wagen es gewisse Kreise, vor einem Abbau der Löhne zu sprechen.

### Königstreue im Schottwitzer Ländchen.

Von Herrn Dr. Balder, als Vertreter der Herren Schuch und Fromberg von der Zuckersabrik Schottwitz, erhalten wir folgende Zuschrift:

An die Schlesische Arbeiter-Zeitung  
Breslau I, Nilolaistra. 49/50.

In Nr. 33 der „Schlesischen Arbeiter-Zeitung“ vom 13. April bringen Sie einen Artikel: „Königstreue im Schottwitzer Ländchen“. Gemäß § 11 des Verfallgesetzes erlaube ich in Vollmacht der in diesem Artikel beteiligten Privatpersonen, nämlich:

- a) des Direktors Herrn Schuch,
- b) des Rittergutsbesizers Herrn Hans Fromberg,

beide in Schottwitz, folgende Erklärung der in dem oben erwähnten Artikel angeführten Tatsachen in der nächstfolgenden Nummer Ihrer Zeitung aufzunehmen.

1. Es ist nicht wahr, daß Herr Direktor Schuch alle Forderungen der Arbeiter wie Beamten, selbst tatsächlich anerkannte, vollständig unterdrückt.
2. Es ist nicht wahr, daß Herr Rittergutsbesizer Hans Fromberg die treibende Kraft für die Unterdrückung von Forderungen der Arbeiter und Beamten ist.
3. Vielmehr ist wahr, daß Herr Hans Fromberg stets für Erfüllung aller berechtigten Ansprüche der Arbeiter und Beamten als Vorstandsmitglied der Zuckersabrik Schottwitz eingetreten ist.
4. Es ist nicht wahr, daß im Privatkontor des Herrn Direktors Schuch die ominösen Flugblätter, mit denen die Flieger Breslau beglückten, zu Tausenden aufgestapelt und lange vorher gedruckt waren, und daß die Zuckersabrik Schottwitz für diese Flugblätter 25 000 Mk. bewilligt und Herr Fromberg 12 000 Mk. gestiftet hat.

Es ist vielmehr wahr, daß im Privatkontor des Herrn Direktors Schuch und in der ganzen Zuckersabrik Schottwitz niemals Flugblätter dieser Art aufgestapelt und vorher gedruckt worden sind, und daß die Zuckersabrik und Herr Fromberg auch nicht einen Pfennig für diese Flugblätter bewilligt oder gestiftet haben.

Die Bewachung der sogenannten Residenz des Herrn Fromberg erfolgt nicht auf dessen Veranlassung. Die Wache ist vielmehr von den im Schlosse des Herrn Fromberg einquartierten Offizieren aufgestellt und Herr Fromberg war gezwungen, die Einquartierung aufzunehmen. Er kann gegen die militärischen Bewachungsmaßnahmen nicht das Geringste tun.

Hochachtungsvoll  
Dr. Balder, Rechtsanwalt.

Soweit Herr Balder im Auftrage der natürlich völlig unschuldigen, seelensguten Herren Schuch und Fromberg. In der nächsten Nummer wird unser Gewährsmann in dieser Rechtfertigung Stellung nehmen.

### Der Herr Geheimrat als Saboteur!

Um dauernden Schikanierungen durch einen noch immer allmächtigen reaktionären Ortsgemeindevorstand zu entgehen, hatte ein sozialistischer Landlehrer beim Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung seine Veretzung im Interesse des Dienstes erbeten. Der Minister hatte daraufhin die Regierung, zu Breslau, Abt. für Kirchen- und Schulwesen, angewiesen, den betreffenden Lehrer an eine andere Schule zu versetzen. Das geschah jedoch nicht. Am 15. d. Mts. erkundigte sich der Lehrer bei dem zuständigen Deputierten, dem Geheimen Regierungsrat u. Schulrat Engel, mündlich nach dem Stande seiner Veretzungsvorgänge. In Laufe der Unterredung wurde der Lehrer von dem Ge-

genutzt in einer ganz ungewöhnlichen Weise angedeutet. Der Lehrer hatte nämlich den Pfarrer in letzter Zeit nicht mehr in erster Hand gelehrt, weil beider Gottesmann seinen Eifer wiederholt abfällig nicht erwidert hatte. Der Engel fand das Benehmen des Pfarrers — nicht etwa das des Pfarrers — fleißig und unbesiegt.

Der Lehrer hat nun zudem das Unglück gehabt, schon in einer seiner früheren Stellungen mit dem zuständigen Geistlichen, der damals noch als Distriktsinspektor eine Tyrannenherrschaft ausüben konnte, in Meinungsverschiedenheiten zu geraten. Er war damals von der württembergischen Regierung prompt verjagt worden. Die betreffenden Vorgänge liegen etwa 2 1/2 Jahre zurück. Der Engel kannte sie sonderbarer Weise ganz genau. Allerdings darf nicht verschwiegen werden, daß die Personalakten des Lehrers am Tage vor der Unterredung in sein Büro gewandert waren und daß Herr Engel diese Akten wohl eingehend studiert haben dürfte. Daher wohl seine verblüffende Vertraulichkeit mit allen Einzelheiten einer weit zurückliegenden Angelegenheit. Mit den Ereignissen aus jüngerer Zeit scheint sich der Herr Geheimrat jedoch weniger intensiv zu beschäftigen. Zum mindesten scheint er eine Verfügung des ihm vorgelegten Ministers nicht zu kennen, in der angeordnet wird, daß alle vor dem 1. 10. 19 angelegten Personalakten zu schließen sind, die nach dem 9. 11. 18 vollzogen wurden.

Zur Verjährungsangelegenheit selbst bemerkt der Geheimrat folgendes: „Ich sehe hier keinen Grund zu einer Verjährung im Interesse des Dienstes, andere Leute können ja darüber anderer Meinung sein. Wir liegen auch vor dem Kultusminister nicht gleich auf dem Bauche, wenn er Ihre Verjährung verfügt. Ich habe für Sie keine andere Stelle; suchen Sie sich selbst eine.“ Die Annahme des Ministers ist bis heute noch nicht durchgeführt. — So sehen die ausführenden Organe des sozialdemokratischen Ministers & a. n. s. j. aus. Aber Herr Geheimrat ist ja ein gelehrter Mann und er wird sich auch an den Exzentriker Engel nicht heranwagen.

**Aufruf!**

Die Sektion Breslauer Kino-Angestellter (Mitglied des Deutschen Transportarbeiter-Vereins), eine gut organisiert geführte Gruppe, hat in ihrer letzten Mitgliederversammlung beschlossen, den 1. Mai durch völlige Arbeitsruhe zu begehen. Die Sektion richtet daher an das Kinobesuchende Publikum die dringende Bitte, die Kinos, die am 1. Mai offen halten, im Interesse der Angestellten nicht zu besuchen.

Die Sektion weist bei dieser Gelegenheit auf das Helios-Kino, Ecke Universitätsbrücke und Salzstraße, Inhaber Herr Matuschek, Neue Weltstraße 44, und auf das Mignon-Kino, Gartenstraße nahe Sonnenplatz, Inhaberin Frau Kaupach, Gallestraße 18, hin.

Seine Inhaber haben keine organisierten Angestellten in ihren Betrieben, trotzdem diese Kinos in erster Linie auf das Geld der arbeitenden Bevölkerung angewiesen sind. Herr Matuschek hat sich sogar während der Fastenstage in wüsten Schimpfereien gegen die organisierte Breslauer Arbeiterenschaft ausgelassen, so daß es jeder Kino-Besucher strikt ablehnen sollte, dieses Theater weiterhin zu besuchen und diesen Unternehmer auch nur mit einem Nicken zu unterstützen.

Die Sektion behält sich vor, bei Gelegenheit auf weitere Kinos aufmerksam zu machen, die glauben, mit den Angestellten und ihren gesetzlichen Rechten umzugehen, wie es ihnen beliebt.

**Aufforderung.**

**Parteilosen!** Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei fordert alle Genossen und Freunde auf, am 1. Mai um 8 1/2 Uhr

auf dem **Palastplatz** zu erscheinen und an der dort stattfindenden **Massen-Versammlung** teilzunehmen. Der 1. Mai ist ein **politischer** und kein gewerkschaftlicher Feiertag. Die Feier umfaßt **Musik und Festreden**. Anschließend **Massendemonstration** unter Vorantritt von **4 Musikkapellen**.

Die Parteigenossen treffen sich um **7 1/2 Uhr morgens** vor ihren **Distriktslokalen**, um sich gruppenweise nach dem **Sammelplatz** zu begeben.

**Nachmittag 3 Uhr** ab finden **festliche Veranstaltungen** im **Schieferwerder** und im **Zentral-Vall-hall, Westendstraße 50/52**, statt.

Der **Fest-Ausschuss**.

**Aus der Partei.**

**Sammelstelle.** (Für die Opfer der Märztag.) 51. — **M.** vom Personal der Lazarett-Abteilung **Renzelschule.** 60. — vom **Binnenschiffer-Verein.** Weitere Veröffentlichungen folgen.

**Achtung — Parteigenossen!**

Die für heute, (Donnerstag), den 29. 4. angelegte Mitgliederversammlung

**fällt aus**

Dafür finden heute Donnerstag in folgenden Distrikten wichtige Mitgliederversammlungen statt:

- Distrikt 1 u. 2 **Postpost, Weiße Ohle,**
- „ 4 **Gellhornstraße 21,**
- „ 6 **Lehngrubenstraße 91,**
- „ 8 **Neudorfstraße 84 Gempke,**
- „ 9a **Friedrich-Wilhelm-Straße 129,**
- „ 10 **Böpelwitz Straße 31.**
- Freitag, den 30. 4.:
- Distrikt 3a **Kletschkaustraße**
- „ 7 **Waldstraße 16**
- „ 9 **Leuthenstraße, Ecke Hildebrandtstraße.**

Distrikt 7, Gräßschener Tor.

Freitag, den 30. April, abends 7 Uhr: **Distriktsversammlung** des F. Schmidt, Werdohlstr. 16. Sehr wichtige Tagesordnung, Mitgliedsbuch mitbringen. Zu dieser Versammlung muß jeder Genosse und jede Genossin erscheinen, ganz besonders die Genossen aus Gräßsch.

Sonntabend früh 1/2 8 Uhr versammeln sich die Genossen vor obigem Lokal zur **Majfeier.**

**Distriktsführer!**

Es wird nochmals darauf aufmerksam gemacht, daß jeder **Distriktsführer** alle **Volk- und Mittelschulen** in seinem Distrikt unverzüglich festzustellen und für jede Schule einen **Vertrauensmann** der U. S. P. zu bestimmen hat. Die Angaben sind bis spätestens **Freitag, den 30. April**, im **Parteisekretariat** zu Händen des Genossen **Zubinski** abzugeben.

Alle in der U. S. P. organisierten **Volksschul- und Oberlehrer** wollen sich zu einer **äußerst wichtigen Besprechung** Freitag, den 30. April, abends 7 Uhr, im **Parteibüro** einfinden.

**Druckfehlerberichtigung.**

In dem Artikel: „Die Beerdigung des Genossen **Demisch**“ (in der Abt. Ztg. vom 24. April) heißt es in der 18. Zeile **Wächte**, in der 14. „**Fromme**“ **Nörder.**

Beantwortlich: für den gesamten Inhalt **Dagobert Zubinski**; für die Inserate **Fritz Ulbrich**; Druck: **Buchdruckerei Büffel & Danzigel**, sämtlich in **Breslau.**

**Stadttheater.**  
Donnerstag 7 Uhr:  
Herrn König war.  
Freitag 7 Uhr:  
Die Fiebermans.  
Boranzige:  
Jesi-Aufführung  
2. Synagoga. Gasten Majler unter Leitung von **Julus Prüwer.**

**Lobe-Theater.**  
Donnerstag 7 1/2 Uhr:  
Ariel Acosta.

**Chalia-Theater.**  
Donnerstag 7 1/2 Uhr:  
Das Glück im Winkel.

**Schauspielhaus.**  
Opernhaus. U. S. 25 25  
Donnerstag 7 1/2 Uhr:  
Gasperone.  
Freitag 7 1/2 Uhr:  
Schauspiel Hart Schmitt  
Das Dreimäderlhaus.  
Sonnabend 7 1/2 Uhr:  
Der 1. Mai.  
Die Frau Ministerpräsident.  
Sonntag abends 7 1/2 Uhr:  
Die Glaradsfürstin.  
Sonntag 2. Mai 7 1/2 Uhr:  
Die Frau Ministerpräsident.

**Viktoria-Theater.**  
Täglich 7 1/2 Uhr:  
Der selige **Baldwin**.

**LIEBICH-Theater.**  
Täglich 7 1/2 Uhr:  
Gastspiel Toni **Teitzel** in dem Sensationsstück **Die Herrin ihrer Tat!** **Hans Hauser**  
**Berny u. Scott** in ihren Trauerspielen  
1. in dem **Lehrstück**

**Ein Herren-Rad** ohne Bereifung.  
**Eine Zither**  
**Eine Konzertvioline** wertvoll zu verkaufen.  
**Paul Sel. Langenfeldt**

**Figaro-Theater.**  
Bischofstraße 4/5  
Fernspr. Ohle 1769.  
Tägl. abends 7 1/2 Uhr:  
„Der selige **Ociav**“  
und  
„Der gutturalte **Neumann**“.  
Fernspr.:  
Das lustige, grasse **Messeprogramm**.

**Zeltgarten.**  
Täglich 7 1/2 Uhr:  
**Harry Bienenstein** in **Familie Leinödl**  
Dazu die brillantesten **Spezialitäten.**

**Walhalla-Theater.**  
Am Wachtplatz.  
**Gisar Tolmas**  
**Gisa Wieth** in dem großen nord. Abenteuerroman **Lumpenprinzessen**  
Ausbord pack. Schicksalsroman eines verarmt. Komitaten und dergleichen Spielplan. **Frühstündige Rezitation.**

**Union-Theater.**  
Graupenstraße 6.  
**Lotte Neumann**  
H. d. sensat. Det.-Abenteuer  
**Der rote Faden**  
Aussenord pack. Schicksalsroman. 5 große Akte.  
**Die tolle Komtesse**  
Fantasie Liebesabenteuer. 2 große Akte. **Erststündige Rezitation.**

**Das hohe Lied der Liebe.**  
Franz. Sittenroman aus der Rokokozeit 6 spannende Akte.  
Fernspr.:  
**Das Teehaus zu den 10 Lotosblumen.**  
Abenteurerfilm in **4 Akten.**

**Das Teehaus zu den 10 Lotosblumen.**  
Abenteurerfilm in **4 Akten.**

**Ober-Bayern.**  
Gartenstr. 65  
Täglich große **Horschler-Konzerte**  
**30 Mann**  
Anfang **6 Uhr**

**Kranke.**  
Haut-Krankh., Haut- und Geschlechtskrankh. behandelt mit Erfolg. Viele freiwillige Anerkennungen von erkrankten Personen.  
Hautkranke: Fr. **Joschka**, Palmstr. 22, II. Etg. Ohle 334 9-1. 3-7, Sonntags 9-12.

**Spiralbohrer.**  
aus S. S. 2. Erzeugung  
hast kauft zu den  
besten Preisen gegen  
Saffe, nur neue **Bore**  
**Aug. Strötter**  
Zentstr. 59, 2. Hofst.

**LUNA-PARK BRESLAU-MORGENAU.**  
Täglich ab **4 Uhr** grosser **MESSE-BALL.**

**Kabarett K a k a d u**  
Nikolaistr. 65/68. Dir.: **K. Wengrzyk.**  
Wochentags: Anf. 7 1/2 Uhr. Sont.: Anf. 8 Uhr.  
Das glänzende **April-Programm.**

**Maifeier 1920.**  
Ortsgruppe Langenbielau.  
Am 1. Mai, früh 8 Uhr, veranstaltet die Ortsgruppe der U. S. P. einen **Ausflug nach Tannenberg.** Sammelplatz an der **Senna** 7 Uhr, Abmarsch 8 Uhr. Eine rege Beteiligung erwünscht.  
**Der Vorstand.**

**Tabakwaren-Lager.**  
Westendstraße 25,  
Friedrich-Wilhelm-Straße 36,  
Schweidnitzer Straße 5  
und **Viktoriastraße 98.**  
**Gute Rauchtabelle.**  
Zigarren, Zigaretten, Kautabake  
bei großer Auswahl preiswert.

**Neue und gebrauchte Nähmaschinen.**  
Garantie, eigene Reparaturwerkstatt  
**Del, Nadeln und Ersatzteile**  
**Buttermilch, Ritterplatz 11.**  
September 1875.

**Schuhverkauf.**  
geben Sie in den **„Warenhandel“**  
Gaeisonaustr. 4  
Spezialität in **Maßarbeit.**

**Schöne helle Schlafzimmer.**  
bestehend:  
1 Schrank, 1 Waschkommode mit Platte und Spiegel, 2 Bettstellen mit Patentauflagebetten und Kissen, 2 Nachttische mit Platte.  
**Max Giesel**  
Brüderstr. 23.

**Häute u. Felle.**  
jeder Art fassen zu allerhöchsten Tagespreisen.  
**Osinski & Niklasch**  
Kappe- und Fellestr. 31a/31b

**Gummwaren.**  
Reißbinden, Axzessbinden, Spaltspigen, Zuspensorien, Dauerwäge.  
**H. Klose,**  
Breslau I, Nikolaistr. 79,  
2. Haus vom Ring.

**Jede Frau**  
der Aufführung ab, meinen  
mischen 8 mal verwendet.  
**idealen Frauenstich H**  
30 Pf. Häupter belegen  
Reichhaltiges  
**Frau C. Hehnig**  
Breslau 10, Lohstr. 13

**Uhren**  
kauft od. repariert  
Fell, Paraderstr. 6

**Plesson**  
G. m. b. H.  
Schmiedebrücke  
**Waldschmidt**  
**Fotografie!**  
12 kleine gut aus- 200  
geführte Bilder 2=

**Rein Aluminium-Kochgeschirre u. Eßbesteck**  
liefert an **Wiederverkäufer Metallwaren-Industrie**  
**S. Friedrich Kurzbart**  
Breslau 13  
Steinstraße 18 = Fernsprecher Ring 2105.

**Möbel Gut und billig**  
kauft man bei  
**Aug. Wicke, Sadowastr. 61.**  
Ergänzungs-Möbel aller Art, Tische, Stühle, Bettstellen, Schränke, Vertikows, Sofas, Regalators u. Kücheneinricht. usw.

**Erklärung.**  
Die gegen die Waldenburger Demonstrationen gemachten Aeußerungen nehme ich mit Bedauern zurück und warne vor Weiterverbreitung.  
**E. Höhn,**  
Langwaltersdorf.

**Gebr. J. Benjamin, Galanterie- u. Spielwaren-Bazar** früher Ring 52 befindet sich jetzt **nur Schmiedebrücke 12** 1. Viertel vom Ring **Stets Neuheiten.**  
Grosse Auswahl. Vereine erhalten entsprechenden Rabatt.